



Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

Ein Personaleinsatz von COMUNDO



Ciudad Perdida – Sierra Nevada

Welche Zukunft für den Friedensprozess in Kolumbien?

Liebe Familie und Freunde,

Der Frühling steht vor der Tür – zumindest in der Schweiz – und es ist bereits wieder Zeit für den nächsten Rundbrief aus Kolumbien! Mit den Monaten, die vergehen, fühle ich mich immer mehr in den kolumbianischen Alltag integriert und zwar bis zum Punkt, als dass ich den Zeitpunkt des Treffens für eine Tour sehr gelassen nahm und als Einzige in einer Gruppe von Ausländern eine halbe Stunde zu spät kam. Mit der Zeit wird der Zeitbegriff also sehr relativ!

Wie relativ die Zeit sein kann, wurde mir auch während meiner viertägigen Wanderung zur *Verlorenen Stadt* in der Sierra Nevada bewusst. Die vier Tage, in denen wir durch den Dschungel bis zur indigenen Kultstätte hin- und zurückgewandert sind, fühlten sich an wie ein Jahr Pause. Fast schon meditativ läuft man auf dem schmalen Weg immer weiter in die Berge hinauf und zuletzt führen 1200 Treppenstufen zum Ziel. Jede Stufe und jeder Schweisstropfen hat sich jedoch gelohnt. Es ist eine Reise, um die Seele (in Hängematten) baumeln zu lassen, sich in den Flüssen den Alltag und die Sorgen abzuwaschen und gegen jegliche Gewohnheit, um 8 Uhr abends ins Bett zu gehen und frühmorgens erfrischt aufzustehen. Vier Tage, in denen ich auch viel über die Gewohnheiten und die Weltanschauung der indigenen Gemeinschaften *Wiwa* und *Kogis* lernen durfte. Gemeinsame Abende am Lagerfeuer, in denen Traditionen und die Kultur nähergebracht wurden, rundeten das Ganze ab.

Kontaktadresse – Karen Pfefferli

Wer diesen Rundbrief neu oder nicht mehr erhalten möchte, melde sich bitte bei:

Karen.pfefferli@comundo.org - Die Kosten für meinen Einsatz trägt COMUNDO.

Angaben zu Spendenmöglichkeiten finden sich auf der letzten Seite.



Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

Und noch ein Workshop: was in den Projekten geschehen ist

Seit dem letzten Rundbrief ist einiges passiert: Im März haben wir einen Workshop im Chocó zum Thema «Umweltpolitik und Umweltbehörden in Kolumbien» organisiert, um dem *Consejo Comunitario* (Gemeinschaftsrat der ethnischen Bevölkerung der Afro-Kolumbianer) näher zu bringen, in welchem System die Verhandlung zum Umweltmanagementplan stattfindet und so die Asymmetrien im Fachwissen zwischen der Gemeinde und den Institutionen zu verringern.



Workshop im Resguardo Triunfo Cristal Paez (Foto: Ingrid Diaz)

welchem die erste Programmevaluation vorgenommen wurde, da das neue Landesprogramm für 2021 in Bearbeitung ist. Im Vergleich zum Treffen im November des letzten Jahres nahmen dieses Jahr auch Partnerorganisationen teil. Dies gab uns die Möglichkeit, uns mehr mit anderen Organisationen auszutauschen und Synergien für zukünftige Projekte zu kreieren.

Im April führte CINEP schlussendlich noch das «Mediation Support Network»-Treffen durch. Ziel war es, das Netzwerk, das aus ca. 20 Organisationen besteht, über den Friedensprozess von Kolumbien zu informieren und so einen Austausch über Friedensprozesse in anderen Ländern zu generieren. Zu diesem Zweck fanden verschiedene Treffen statt, unter anderem mit der Farc¹ und den ehemaligen Guerilleros, welche durch ein Programm wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden sollen. Das Treffen bot auch die Möglichkeit, unser Projekt anderen Organisationen vorzustellen und Allianzen zu bilden. Ein Resultat daraus ist, dass die Abteilung «Mediation Support Unit» der Vereinten Nationen im Sommer ein Training für Cinep organisieren wird.

Gerade während dieses Treffens wurde wieder einmal spürbar, dass die Umsetzung des Friedensvertrages in Kolumbien noch ganz am Anfang steht. Dies erstaunt kaum, sind gerade einmal zwei Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages vergangen. Wie im ersten Brief erwähnt, kam ich nach Kolumbien kurz nachdem der neue Präsident, Ivan Duque, sein Amt angetreten hat und nun bis 2022 das Land regieren wird. Der Sieg des Kandidaten der rechtsradikalen Partei «Centro Democrático» wurde gerade von den Organisationen der Zivilbevölkerung und der internationalen Gesellschaft kritisch betrachtet, hatte er sich doch

In Florida haben wir mit der indigenen Gemeinde einen Workshop zum Thema «Konfliktanalyse und Dialog» abgehalten. Ausserdem fand ein Training mit dem *Equipo Promotor* statt. Die Gruppe, welche aus Vertretern von vier Basisorganisationen, die in der Region tätig sind, und aus Vertretern von CINEP besteht, agiert als Promotoren des Dialoges und ist für den Entwurf und Erarbeitung des Friedensprozesses verantwortlich. Dafür wurde die Gruppe von CINEP und Swisspeace zum Thema «Dialog» geschult und es wurde gemeinsam ein mögliches Szenario entworfen, welches nun in diesen Wochen mit den Gemeinden besprochen und angepasst wird. Ziel ist, Ende des Monats oder spätestens im Juni mit den offiziellen Dialogsessionen zu beginnen.

Im März fand das halbjährliche Comundo-Treffen statt, in



Comundo-Treffen (Foto: Julia Schmidt)

¹ Name der politischen Partei: Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común

Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

offen gegen den Friedensvertrag ausgesprochen.

Frieden vs. Sicherheit: Dilemma der politischen Kultur in Kolumbien



«La Paz cómo política del Estado» (Foto: Karen Pfefferli)

Wie der Direktor der Organisation «Paz y Reconciliación» an einem Event kürzlich erwähnte (Foto, 1.v.R.), herrscht in Kolumbien kein klassisches Parteiensystem mit Links-Rechts-Spektrum, sondern pendelt zwischen Frieden und Sicherheit. Das bedeutet, dass sich Politiker, die den Frieden als Ziel sehen, den *uribista* (Anhänger des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe und Mitglieder seiner Partei «Centro Democrático»), welche Sicherheit versprechen, gegenüberstehen. Sicherheit hiess bis zum Friedensvertrag, die FARC-EP² als Terroristen zu deklarieren und den Konflikt zu beenden, indem alle ehemaligen Guerillakämpfer verhaftet und verurteilt werden. Dies würde zwar die Gewalt belegen, nicht aber den Konflikt lösen und dauerhaften Frieden bringen. Damit es Frieden gibt, braucht es einen strukturellen Wandel der Ursachen (z.B. eine gerechter Landverteilung und politische Partizipation der Opposition), welche den Konflikt herbeigeführt haben, eine Versöh-

nung der Bevölkerung, sowie die Aufarbeitung der Geschehnisse. Die Debatte von Frieden versus Sicherheit führt jedoch immer wieder die politische Agenda an. So auch beim jetzigen Präsidenten Duque und seinem Mentor und Berater, Uribe.

Seit Amtsbeginn setzt Präsident Duque auf die Strategie der Kriminalisierung sozialer Proteste, indem er diese mit den Dissidenten der Guerilla FARC-EP oder anderen bewaffneten Gruppen assoziiert. So auch bei der *Minga*³, einem Protest der Indigenen, Afro-Kolumbianer und Kleinbauern, welche die wichtigste Verkehrsstrasse im Süden (Cauca) während mehreren Wochen blockierten. Die Forderung: Der Präsident soll in den Cauca kommen, um Rechenschaft abzulegen. Rechenschaft über die mehr als tausenden vom kolumbianischen Staat nicht erfüllten Abkommen mit den Gemeinden und ihren Organisationen, seine abgeneigte Haltung gegenüber dem Friedensprozess mit der Farc, sowie den immer weiter zunehmenden Morden an Führungspersonlichkeiten und Menschenrechtsverteidigern⁴. Seitens der Behörden wurde jeweils kommuniziert, dass der Präsident nicht persönlich auftauche, da seine Sicherheit gefährdet sei. Uribe meinte zur *Minga* «*Si la autoridad, serena, firme y con criterio social implica una masacre es porque del otro lado hay violencia y terror más que protesta. Es preferible cerrar esa carretera dos años que firmar acuerdos con la minga apoyada en el terrorismo*». (dt. Wenn die Behörde, klar, standhaft und auf sozialen Kriterien basierend ein Massaker veranstaltet, dann weil es auf der anderen Seite Gewalt und Terror und nicht Proteste gibt. Es ist besser, diese Strasse für zwei Jahre zu sperren, als ein Abkommen mit der vom Terrorismus unterstützten *Minga* zu unterzeichnen.» In diesem Sinne meinte er kürzlich auch im Senat gegenüber Gustavo Petro (Gegner in der Präsidentenwahl, 42% der Stimmen), dass er 80-mal lieber einem bewaffneten Guerillero gegenüberstehe, als einem moralischen «Killer», der die rechte Partei verleumdet. Dies bezog sich auf die Vergangenheit des Politikers Petro, da dieser ein ehemaliges Mitglied der Guerillagruppe M-19⁵ ist.

Wie man sieht, versuchen Duque und Uribe mit aller Kraft einen Gegner zu kreieren, vor dem das Volk geschützt werden muss, um so aufzuzeigen, dass der Friedensvertrag nicht der richtige Weg ist. Dass diese Rechnung aufgeht, ist aber eher unwahrscheinlich. Zum einen, weil die Farc sich mittlerweile als politische Partei in der Gesellschaft und im politischen Leben etabliert hat und damit die grösste Guerillagruppe demobilisiert wurde. Zum anderen, weil weder die Bevölkerung noch die Farc gewillt

² FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo; ehemalige Guerillagruppe Kolumbiens).

³ Bezeichnet einen kollektiven Arbeitseinsatz und wird in Kolumbien als politische Versammlung verwendet.

⁴ <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/sozialer-protest-zwischen-hoffnung-und-polarisierung/>

⁵ Ehemalige Guerillagruppe, die im Jahre 1970 aufgrund eines studentischen Aufstandes wegen Wahlbetrug gegründet und im Jahre 1990 demobilisiert und in eine politische Partei umgewandelt wurde, welche sich aber im Jahre 2000 offiziell auflöste.

Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

sind, den Konflikt weiterzuführen. Dies hindert Präsident Duque aber nicht, den Friedensvertrag zu untergraben, indem er zum Beispiel die Institution *Jurisdicción Especial para la Paz* (JEP, dt. besonderer Gerichtsstand für den Frieden, eine von drei Institutionen der Übergangsjustiz) ausser Kraft setzen will. Duque hat die gesetzliche Verankerung der Institution widerrufen, obwohl diese vom Verfassungsgericht als gültig erklärt wurde, und hat die Motion zur Überarbeitung zurück ins Parlament geschickt. Die kleine Kammer hat den Widerruf jedoch abgelehnt. Momentan ist die Entscheidung im Senat hängig. Tausende gingen auf die Strasse, um zu demonstrieren und für die JEP einzustehen.

Weiter hat die Regierung auch klar gemacht, dass die Verhandlungen mit der ELN (einzig noch nicht demobilisiert Guerilla-gruppe in Kolumbien) nicht weitergeführt werden. Duque hatte sogar von den Garantiestaaten (Kuba, Venezuela, Chile, Norwegen und Ecuador) gefordert, dass die ELN-Mitglieder, welche die Verhandlungen mit Santos (Vorgänger von Duque) begonnen hatten, der Regierung per sofort ausgeliefert werden sollten. Dies widerspricht jeglichen Protokollen und Garantien, die unter der Santos-Regierung getroffen und unterschrieben wurden, und erschwert die Situation. Duque argumentiert, dass alle Abkommen der früheren Regierung nicht gültig seien. Wie der ehemalige Vermittler der Farc, Pablo Catatumbo (siehe Bild oben, 1.v.L.) erklärt, sei es ein gefährliches Spiel, internationale Abkommen nicht einzuhalten. Dies habe in der Vergangenheit in anderen politischen Kontexten zu Kriegen geführt (z.B. 2. Weltkrieg, Staatscoup von Pinochet, etc.). Die Forderung von Duque ist sehr umstritten und hat vor allem in der internationalen Gemeinschaft für scharfe Kritik gesorgt.

Erfolgsrezept: Vier Jahre Geduld und eine vereinte Zivilgesellschaft

Wie Juan Fernando Cristo (siehe Bild oben, 2.v.L.), ehemaliger Vermittler der Regierung Santos, meinte, mache es momentan wenig Sinn, mit einer Regierung, die noch heute einen bewaffneten Konflikt verleugnet, die Umsetzung des Friedensvertrages verhandeln zu wollen. In der Verfassung ist eine Dauer von 15 Jahren für die Umsetzung festgelegt. Zwei Jahre sind bereits verstrichen, und obwohl Juan Manuel Santos viel zu verdanken ist – hat er doch den Friedensvertrag erst ermöglicht – so hat er in seinen letzten zwei Jahren wenig umgesetzt. Die kommenden vier Jahre versprechen ebenfalls nur wenige Fortschritte.

Aktuell läuft die politische Debatte um den *Plan Nacional de Desarrollo* (der Nationale Entwicklungsplan der Regierung für die Amtszeit), welche den Frieden nicht priorisiert und kaum Budget für dessen Umsetzung zur Verfügung stellt. Weiter forciert die Regierung die wirtschaftliche Entwicklung im Fracking und in der Agrarökonomie, was weder zur notwendigen und im Friedensabkommen festgelegten und zentralen ruralen Reform noch zur Stärkung der ländlichen Bevölkerung beiträgt und damit die Armutsschere nicht verringern wird. Am 25. April gab es einen landesweiten Streik gegen diesen Entwicklungsplan, da es an Strategien, Indikatoren und Zielen fehlt, welche die Regierung unter anderem verpflichtet, zu folgenden Punkten beizutragen: Beendigung von Menschenrechtsverletzungen und der Ermordungen von Führungspersönlichkeiten, Gewährleistung des Rechts zur sozialen Mobilisierung und der Stärkung der Demokratie sowie Umsetzung des Friedensabkommens.



Protest gegen die Regierung und für die JEP (Foto: CINEP)

In Anbetracht dieser Entwicklung kann man sich fragen, wie sich dies auf unsere Arbeit auswirken wird. Da der Friedensprozess nicht mehr Priorität auf der staatlichen Agenda hat, finden sich viele Institutionen, welche für dessen Umsetzung verantwortlich sind, ohne finanzielle Ressourcen wieder. Das heisst, obwohl es ein Mandat und vielleicht sogar einen Willen in den lokalen Institutionen gibt, fehlt es an Mitteln, um die Forderungen der Gemeinden umzusetzen, was wiederum die Frustrationen steigern und zu neuen Konflikten führen kann.

Trotz dieses negativen Szenarios gibt es einen Hoffnungsschimmer. Zum einen, weil die Regierung weder in der Bevölkerung noch im Parlament eine grosse Unterstützung genießt. Die letzten Umfragen zeigen, dass Präsident Duque an Popularität

Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

verloren hat und nicht fähig ist, im Parlament eine Mehrheit und eine solide Koalition zu bilden. Zum anderen, weil es in der Bevölkerung und Zivilgesellschaft eine grosse Bewegung für den Frieden gibt und der Friedensprozess in der Verfassung verankert ist, woran auch Duque nichts ändern kann. Letztendlich geht es auch darum, Zeit zu schinden. Zeit, bis die Regierung wechselt. Je weniger die aktuelle Regierung unternimmt, desto besser für den Friedensprozess. Dafür ist es umso wichtiger, den Prozess weiter zu verteidigen und die Zeiten des Konflikts definitiv hinter sich zu lassen und die wahren Probleme anzupacken: Ungleichheit, Exklusion und Armut. Denn dies ist ohne Frieden nicht möglich.

Herzliche Grüsse,

Eure Karen

Rundbrief Nr. 2_Mai 2019

Von Karen Pfefferli / Proyecto piloto de fortalecimiento y acompañamiento para la mediación in Bogotá, Kolumbien

Für weltweite soziale Gerechtigkeit

COMUNDO engagiert sich mit gegen hundert Fachpersonen auf drei Kontinenten (Südamerika, Afrika, Asien) in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Damit ist sie die führende Schweizer Organisation in der Personellen Entwicklungszusammenarbeit (PEZA).

COMUNDO konzentriert sich in den Einsatzländern auf den Schutz der Lebensgrundlagen in den Bereichen Existenzsicherung, Demokratie und Frieden sowie Umwelt. Dafür tauschen die Fachpersonen vor Ort ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit lokalen Partnerorganisationen aus.

In der Schweiz schafft COMUNDO das Bewusstsein für globale Zusammenhänge und sensibilisiert die Zivilgesellschaft für ein verantwortungsbewusstes Handeln.

COMUNDO
im RomeroHaus
Kreuzbuchstrasse 44
6006 Luzern
Telefon: 058 854 12 13
Mail: spenden@comundo.org
www.comundo.org

Büro Deutschland:
Eisenbahnstrasse 40
D-78628 Rottweil
Mail: rottweil@comundo.org
Telefon: +49 741 290 28 20

Ihre Spende zählt!

COMUNDO deckt die Gesamtkosten der Fachpersoneneinsätze (Ausbildung, Lebensunterhalt, Sozialversicherung, Projektkosten). Dies ist nur möglich dank der treuen Unterstützung unserer Spenderinnen und Spender. Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Engagement.

Spendenkonto

PC 60-394-4
IBAN CH53 0900 0000 6000 0394 4

Spenden aus Deutschland:
Postbank Stuttgart
IBAN DE14 6001 0070 0011 5877 00

Online-Spende:

www.comundo.org/spenden

